

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Wochenpreis vierteljährlich 50 Mk., Einzelnummer 5 Mk.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste unter Nr. 5047 a.

Verantwortlicher Schriftleiter: Erik Zimmer  
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Röntgenstraße 16.  
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postkassentonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr  
für die sechspaltige Kolonelle oder deren Raum 50 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Das Dilemma unserer Not

III. Stuttgart, 18. August.

Der Dollar ist bis heute auf 1040 gestiegen, das heißt die Mark ist auf  $\frac{1}{10}$  Pfennig ihres Friedenswertes gesunken. Es ist somit pünktlich eingetroffen, was vor vierzehn Tagen hier angedeutet wurde, wozu nun allerdings keinerlei Propheetengabe gehörte, sondern nur etwas Kenntnis der auswärtigen Dinge. Wer nun aber annehmen wollte, daß es jetzt mit der Markentwertung wohl bald sein Ende habe, dürfte schlimme Enttäuschung erleben. Denn zur Stunde ist am außenpolitischen Himmel nicht das geringste Zeichen zu sehen, das auf eine Besserung deutet.

Die Ursache des neuesten Marksturzes ist keine wirtschaftliche — denn die deutsche Wirtschaftslage hat sich in den paar Tagen bestimmt nicht dermaßen verschlechtert —, sondern eine außenpolitische, also eine solche, worauf Deutschland soviel wie keinen Einfluß hat. Die unerhörte Markentwertung ist die Folge des Ausgangs der Londoner Konferenz. Von ihrer Ergebnislosigkeit waren wir, wie im vorwöchigen Leitartikel nachzulesen ist, von vornherein überzeugt; wir erwarteten von ihr höchstens — eine neue Konferenz. Selbst zu diesem Ausweg der Verlegenheit hat es der weststaatlichen Staatsweisheit nicht einmal mehr gelangt. Die Konferenzteilnehmer sind auseinandergeklungen, ohne zu wissen, was nun geschehen soll und ob sie überhaupt noch einmal zusammenkommen. Der Streitfall wird nun die Reparationskommission beschäftigen, die sich schon glücklich preisen dürfte, wenn sie die Vergrößerung der Klüft zwischen den hohen Verbündeten hintanzuhalten vermög.

Die hohen Alliierten, besser Lloyd George und Poincaré, konnten sich auf der dreizehnten Konferenz nicht mehr über das Maß oder die Art der Beute einigen, die Deutschland abgenommen werden soll. Schon die bloße Tatsache, daß zwei Menschen, für deren Eignung der Beweis erst noch zu erbringen ist, die Macht haben, über das Wohl und Wehe eines Volkes von sechzig Millionen entscheiden dürfen, ist ein Zustand, dessen Fürchterlichkeit nicht mehr steigerungsfähig ist. Die Streitfrage zwischen den beiden bildete den Zahlungsausschub für die fällige Augustrate, worum die deutsche Regierung gebeten hatte. Der erste war der Gewährung nicht abgeneigt, der andere nur unter der Bedingung, daß ihm produktive Pfänder ausgeliefert würden. Damit meinte er die Auslieferung an Frankreich der linksrheinischen fiskalischen Wälder — die zehntausende von Hektar umfassen, wovon ein jeder unter Brüdern seine Million Goldmark wert ist — und rechtsrheinischer Staatsbergwerke. Diesem Verlangen liegen finanzielle Beweggründe, noch mehr aber hochpolitische zugrunde.

Nach der Erfahrung im Saargebiet bedarf es keines besonderen Beweises, daß mit der französischen Herrschaft auch der französische Franz, die französische Sprache, Schule und Propaganda in die Waldgegenden der Eifel und Zechenorte an der Ruhr kämen. Der edle Vorkämpfer für das Selbstbestimmungsrecht der Völker würde sich kurzerhand in einem weiteren Teil des deutschen Hauses nach Herrenort einrichten, hier seinen politischen Einfluß mit dem rollenden Franken und dem Säbel zu festigen versuchen. Welch unheilvolle Wirkung für den innerdeutschen Zustand nur die Einführung der Frankenhölzung bei den Waldbauern der Eifel und den Knappen an der Ruhr hätte, läßt die Kenntnis der Zustände an der Saar ahnen. Und mit dem Besitz des so wertvollen, viel begehrten Holzes und schwarzen Brennstoffes erhielt Frankreich unwiderstehliche Werbemittel für seine hochmögenden Pläne. Durch Zuteilung oder Verweigerung von Holz und Kohle könnte es Gemeinden und Staaten, Industrien und Unternehmer belohnen oder bestrafen. Die habsburger Reichstreue und der schweizerindustrielle Patriotismus könnten leicht auf die Probe gestellt werden. Nachdem so der Weg der französischen Politik vorbereitet, wäre bald wieder ein Vorwand für einen weiteren Vorstoß gegen die deutsche Einheit gefunden.

Über die Bedeutung der „produktiven Pfänder“ für den gallischen Imperialismus ist sich natürlich Lloyd George ebenso klar wie Poincaré. Gewiß will und kann man dem lieben Verbündeten an der Seine seinen Teil an der deutschen Beute nicht gut streitig machen, nachdem man sich selbst damit vollgedeckt hat, aber das Verlangen nach Ausdehnung des politischen Einflusses auf rechtsrheinisches Gebiet — das geht entschieden zu weit. So sehr das imperialistische Interesse Frankreichs dafür spricht, so sehr spricht das imperialistische Interesse Britanniens dagegen. Dessen Politik auf noch etwas weitere Sicht eingestellt als die französische, hat tausendundeinen Grund, die Festigung seines hochmögenden Kanalnachbarn auf der rechten Seite des deutschen Ballgrabens zu verhindern. In dem Nebel der nächsten Jahre tauchen Fahrnisse auf, die es gebieten, das französische Machtgebiet einzuhämmern, aber nicht es noch breiter werden

zu lassen. Diese Erscheinungen bestimmen die (italienische und die) britische Haltung in Sachen der deutschen Reparationszahlung, aber auch die Frankreichs.

Wenn die Haltung der Verbündeten im Lichte des Gegenstandes betrachtet wird, wird sie bedeutend verständlicher. Bei ihnen allen mehrten sich die Gründe, Stimmen und Gefühle der Gegenseitigkeit, die übrigens auch von ihren Kriegsministern geziemend bewertet wird. Frankreich ruft laut nach Handlungsfreiheit, seine Verbündeten haben sicherlich den gleichen Wunsch, doch dürfte es sie klüger dünken, davon solange nicht laut zu sprechen, bis der Franzose noch mehr solcher moralischen Eroberungen in der Welt gemacht hat, wie in den letzten paar Jahren. Es ist unnötig, besonders zu betonen, daß Deutschland aus diesem Gegenstand keinen Nutzen zu erwarten hat. Sein wohlverstandenes Interesse gebietet, den Weiterbestand der Entente zu wünschen, selbst wenn sie nicht mehr cordiale sein sollte, weil sie, wenn nicht mehr, dann doch immerhin noch eine gewisse Gewähr für die Besänftigung ihres Amokläufers bietet.

Wenn man auch von deutscher Seite wünschen muß, daß sich der Gegensatz zwischen den Alliierten vermindern möge, so darf man sich doch nicht verhehlen, daß sein Urquell triebkräftig zu offenem Konflikt, zur Auseinandersetzung mit den Waffen ist. Einst suchten gekrönte Autokraten ihren verblähten Ruf oder ihre innerpolitischen Nöte mit einem kleinen Krieg zu bessern. Von der Möglichkeit solcher Luns sind auch heute in sogenannten demokratischen Staaten einflussreiche Kreise überzeugt. Daß diesem Wahn die unteren Schichten wirkungsvoll widerstreben, trifft noch lange nicht in allen Ländern zu. Jedenfalls sind wir von dem Ziele des Pazifismus jetzt noch ebenso weit wie je entfernt. Was sich aus der Kriegslust und dem Kriege für die davon heimgekehrten Staaten entwickeln kann, lehrt die jüngste Geschichte Rußlands und Deutschlands. Es mehrten sich die Zeichen dafür, daß man auch in den Siegerstaaten erst am Beginn der Revolution steht. Das mag freilich unwahrscheinlich klingen, fast so unwahrscheinlich, als es 1914 in Berlin und Petersburg klang. Es lassen sich die für diese Meinung sprechenden Umstände jetzt nicht darlegen, auch nicht die Aufgaben, die daraus für die internationale Arbeiterklasse sich ergeben, Aufgaben, die über die bislang vornehmlich gepflegte Resolutionschmiederei hinausgehen, und deren Erfüllung einer auf Jahre, nein Jahrzehnte berechneten Planmäßigkeit bedarf.

Noch dringlicher dünken uns zur Stunde die Aufgaben, die der deutschen Arbeiterklasse aus dem Stande der Dinge erwachsen. Die Binsenwahrheit dürfte bei ihr nun wohl Gemeingut sein, daß sie (mit den kleinen Rentnern und dem geistigen Mittelstand, deren Not noch himmelschreient ist, als die der Industrie proletarier) die Markentwertung mit ihren Lohngrößen zu bestreiten hat. An dieser Tatsache ändern die Lohnhörschöpfungen nichts. Mit der Entwertung der Mark bis zu einem Bruchteil des Pfennigs ist es den Industriezweigen, die Rohstoffe vom Auslande bedürfen, noch unmöglicher geworden, Einkäufe zu machen. Für die Warenmenge, wofür früher 4200 Mark zu geben waren, müssen heute 104000 Mark hingelegt werden. An dieser die Grenze der Unmöglichkeit streifenden Schwierigkeit muß die Rohstoffzufuhr zugrunde gehen. Mit der Markentwertung werden noch riesigere Haufen Markscheine zur Befriedigung des Tagesbedarfs nötig, die die Notenpresse selbst bei höchster Tourenzahl nicht zu beschaffen vermag. Verjährumierung der Geldknappheit und der Kreditnot wird die sichere Folge sein. Der Belagschaften werden es schnell mehr werden, die am Zahltag ohne Geld heim müssen und die Beschaffung von Betriebskapital wird immer schwieriger sein. Die Markentwertung läßt die Warenpreise abermals tolle Sprünge himmel- oder höllentwärts machen und gibt dem aus Agrariern, Industriellen und Handwerk gebildeten Gezücht der Elendsklyonen einen Vorwand zu einem neuen, noch größeren Beutezug auf die Taschen der Verbraucher. Die Lohnneinkommen vermögen selbst im günstigsten Falle den Sprung der Preissteigerung nicht mitzumachen. Der Reallohn der gesamten Arbeiterklasse sinkt schnell weiter, sie muß auf immer mehr Gegenstände und Nahrungsmittel verzichten, immer zahlreichere Schichten scheiden als Käufer vom Markte aus. Das bedeutet Abnahme der Beschäftigung jener Betriebe, die für den inneren Markt arbeiten, eine innere Abschlüsse. Die beschäftigungslosen Leute dieser Betriebe werden zu jenen kommen, die die Unmöglichkeit, Rohstoffe aus dem Auslande zu beziehen, zum Feiern verdammt. Und aus deren Arbeitslosigkeit quillt für noch zahlreichere Arbeiterschichten Verdienstlosigkeit, Entbehrung. Mit jedem Tag werden frische Scharen arbeitsbereiter Menschen auf den Weg nach Golgatha getrieben.

Wir wissen sehr wohl, daß die deutsche Hand den Urquell des Elendsstromes nicht verstopfen kann, weil er außerhalb ihrer Reichweite, jenseits der Grenze liegt. Aber das wissen wir, daß seine unheilvolle Wirkung beträchtlich abgeschwächt werden könnte, wenn er auf alle Volksschichten gleichmäßig verteilt und wenn er nicht noch durch deutsche Habgier, deutschen Wahnsinn und amtlicher Nachlässigkeit oder Feigheit verstärkt würde. An unserer Not ist die besitzende Klasse Deutschlands nicht weniger schuld wie die Herren von Versailles. Zu dem Betrag, den diese dem deutschen Volke abknöpfen, fügt jene ihrerseits jedesmal einen nicht viel geringeren hinzu. Zu welcher Schamlosigkeit es die deutschen Beutemacher treiben, bezeugt neben den vielen andern die Aussperrung der süddeutschen Metallarbeiter. Da wurde der deutschen Wirtschaft ein in langen Jahren nicht wieder gutzumachender Schaden zugefügt, von der Schädigung der Arbeitsfreude der hunderttausend Ausgesperrten ganz zu schweigen. Was die süddeutschen Metallindustriellen vollbrachten, vollbringen die Schwerindustriellen mit ihrer schamlosen Preistreiberi, die weit über die Markentwertung hinausgeht und die weiterverarbeitende Industrie ungeheuer hemmt. Was die Industrie tut, kann die Landwirtschaft auch nicht lassen. Der Angriff auf die Getreideumlage wird lustig betrieben, die Drohung mit der Beschränkung des Anbaues ist allentwärts zu hören. Und das von einer Schicht, die gleich den Kriegslieferanten aller Gattungen noch keine Not gefühlt und aus dem Kriegs- wie Friedenselend des deutschen Volkes goldigen Gewinn gezogen hat und weiter zieht.

Man kann sich füglich fragen, ob denn die besitzende Klasse sich vergegenwärtigt, was für sie selbst aus der schamlosen Ausbeutung oder Bewucherung der unteren Schichten entstehen kann. Wenn ihr die Novembertage zu eindrucksvoll gewesen sein sollten, was leicht möglich ist, dann sollte sie doch wenigstens etwas aus dem Schicksal ihrer russischen Artgenossen gelernt haben. Es gibt keinen Hindernis als den, der nicht sehen will! Ihr dürfte es schließlich doch nicht ganz unbekannt sein, daß die Arbeiterklasse immer mehr in einen Zustand hineingerät, der nicht mehr weit von der Verzweiflung entfernt ist. Was daran noch fehlt, dürfte im kommenden Winter Brotmangel und Kohlennot rasch erreichen. Es ist wohl nicht anzunehmen, daß sich eine von Hunger und Kälte übermannte Masse in asiatischer Schicksalsergebenheit in eine Ecke vertrieht, um durch ihr Verenden der besitzenden Klasse die Lebensfreude nicht zu vergällen. Eher ist das gerade Gegenteil gewiß. Was wir beileibe nicht wünschen und mit allen Kräften zu verhindern trachten werden, weil wir uns von Verzweiflungsakten nichts zur Besserung unserer Not versprechen können. Ob uns das aber bei einer schamlos ausgegliederten, elend hungernden, infam betwucherten Masse gelingt, ist freilich eine andere Frage.

Den durch deutsche Wuchererhände verstärkten Elendsstrom abzuschwächen und zu seiner Linderung auch die Kreise heranzuziehen, die für ihn mit verantwortlich sind, ist in erster Linie Pflicht der Regierung. Wir wissen, daß ihre Mittel beschränkt sind, aber diese wenigen Mittel müssen nun endlich einmal angewendet werden. Die Einfuhr von Luxuswaren hat sie rücksichtslos zu unterbinden; das Devisengeschäft von Reichswegen zu besorgen; die Preiskontrolle unanachlässig auszuüben; gegen den Wucherer wirksame Maßnahmen zu ergreifen; die besitzende Klasse viel stärker als bislang zur Tragung der Steuern heranzuziehen und bei ihr mit der Einziehung der Steuern mindestens ebenso prompt wie bei der Arbeiterklasse zu sein; mit der Erfassung der Sachwerte Ernst zu machen; die Zwangswirtschaft für die notwendigsten Lebensmittel wieder einzuführen und schließlich und vor allem die Steigerung der Produktion planmäßig und großzügig zu fördern, was selbstverständlich nicht auf Kosten der Arbeiterklasse geschehen darf noch braucht, wie wir nächstens hier ausführlich darlegen werden.

Wie man sieht, sind hier nur Dinge gefordert, die von einer halbbürgerlichen Regierung unter den obwaltenden Umständen ohne langfristige Vorbereitungen durchgeführt werden können. Daß an eine sozialistische Regierung noch andere Forderungen zu stellen sind, versteht sich. Da von einer Regierung, deren stärkste Seite im Versprechen bestand, trotz der maßlosen Verschlechterung unserer Lage zu befürchten ist, daß sie noch weiter in Untätigkeit verharret, haben die besitzenden Stellen der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung so unberzüglich und nachdrücklich wie nur möglich die Regierung zum Handeln zu bringen. Und sie dürfen keinen Tag verlieren, kein Mittel unbenutzt lassen, die Wirkung der Markentwertung auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse abzuschwächen.

# Organisierter Klassenkampf

Der Befreiungskampf aus körperlicher und geistiger Knechtschaft drückt der Weltgeschichte seinen Stempel auf. Überall beobachten wir, wie die unterdrückten, ausgebeuteten und entrechteten Massen bemüht waren und sind, sich ein menschenwürdiges Dasein zu erringen und wie sie bestrebt sind, den hartnäckigen erbitterten Widerstand der bestehenden und bevorrechteten Klassen zu brechen. Bereits im Altertum haben die Sklaven einen opferreichen Kampf geführt gegen ihre Unterdrücker, auch im Mittelalter fehlte es nicht an Klassenkämpfen, die sich in den verschiedensten Formen abgepielt haben. Alle diese Kämpfe sind ergebnislos verlaufen, alle Kraft und Begeisterung ist wirkungslos verpufft, alle Opfer an Blut und Leben sind vergebens gebracht worden, es ist den Massen niemals und nirgends gelungen, das Joch der Knechtschaft abzurufen. Das ist eine traurige, aber wahre Tatsache, die das Herz eines Menschenfreundes mit Trauer erfüllt, die aber gleichzeitig einem Beobachter der Menschheitsentwicklung zu denken gibt.

Es ist nämlich eine ebenso wahre wie erfreuliche Tatsache, daß der Klassenkampf des modernen Proletariats ganz bedeutende Erfolge aufzuweisen hat. Das Proletariat, das noch vor einigen Jahrzehnten im tiefsten wirtschaftlichen Elend steckte, hat es fertig gebracht, seine Lohn- und Arbeitsbedingungen wesentlich zu verbessern und seine Lebenshaltung zu heben. Zweifellos stellen die Proletarier der Gegenwart höhere Ansprüche ans Leben, als ihre Vorfahren vor einem halben Jahrhundert. Auch ihre soziale Wertung ist gestiegen, der Arbeiter gilt heute mehr als früher, sein Selbstbewußtsein ist erwacht und er läßt sich eine Zurücksetzung und eine unmwürdige Behandlung einfach nicht mehr gefallen. Daneben sehen wir, daß der politische Einfluß der Arbeitermassen stärker geworden ist, die Arbeiterklasse spricht und bestimmt in Staat und Gemeinde mit, sie ist zu einer Macht geworden, mit der man rechnen muß. Auch im Wirtschaftsleben ist die frühere Rechtlosigkeit verschwunden, der Arbeiter ist nicht mehr ein willenloses Werkzeug in der Hand seines Ausbeuters, er hat vielmehr das Mitbestimmungsrecht bekommen und gilt dem Unternehmer gegenüber als gleichberechtigt. Endlich hat sich auch das geistig-kulturelle Niveau des Proletariats gehoben, auf dem Gebiete des Wissens und der Bildung, der Kunst und der Kultur sind Erzeugnisse zu verzeichnen, an die früher kein Mensch zu denken wagte. Dies Emporsteigen des modernen Proletariats in wirtschaftlicher, sozialer, rechtlicher und geistiger Beziehung hat es mit sich gebracht, daß der Arbeiter heutzutage eine ganz andere Rolle spielt als vor Jahrzehnten, und daß er sich seines Wertes und seiner Bedeutung in Staat und Gesellschaft auch voll bewußt ist. Das proletarische Selbstbewußtsein, in dem die gehobene Stellung des Arbeiters zum Ausdruck kommt, ist die auffälligste und erfreulichste Erscheinung der Gegenwart. Es erhält immer neue Nahrung durch die Beobachtung, daß sich der Aufstieg der Massen unter dem Widerstande der Oberschichten durch die eigene Kraft des Proletariats vollzieht, eine Tatsache, die zweifellos geeignet ist, das Kräftegefühl und das Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft zu steigern.

Wenn wir nach den Ursachen forschen, aus denen die Erfolglosigkeit der früheren Befreiungskämpfe und die Erfolge der gegenwärtigen Klassenkämpfe entspringen, so stoßen wir auf die Organisation der Proletarier als die Ursache des Erfolgs. Der Zusammenschluß der Arbeiter und Arbeiterinnen in einer starken Organisation, das Zusammenfassen der Einzelkräfte zu einer Massenkraft, die auf ein gemeinsames Ziel gerichtet wird, die Schulung und Erziehung der Proletarier in der Organisation, kurz gesagt, der organisierte Klassenkampf ist das Mittel, das den Sieg an die proletarische Klasse geknüpft hat. Einstmals waren Massenorganisationen eine Unmöglichkeit, weil alle Vorbedingungen dafür fehlten. Wie hätte es wohl ein Mensch fertig bringen sollen, im Altertum oder im Mittelalter Hunderttausende oder gar Millionen von Menschen in einer Organisation zusammenzuschließen? Die Massen waren geistig rückständig, sie konnten nicht lesen und schreiben, es gab noch keine Zeitungen und Flugblätter, keine Bücher und Broschüren, Post, Telegraphie und Telephonie waren unbekante Begriffe, das Verkehrsweesen lag im Argen, da bestand wirklich keine Möglichkeit, Massenorganisationen ins Leben zu rufen. Wie verhältnismäßig leicht haben es doch wir Gegenwartsmenschen mit dem Organisieren. Es stehen uns alle möglichen Mittel und Wege zur Verfügung, um die Menschen aufzuklären, zu bilden, zu erziehen und zu schulen, wir können an die Massen propagandistisch herantreten, wir können sie in die Organisation hineinbringen und wir können sie in der Organisation festhalten. Daraus erklärt sich der große Einfluß, den das Organisationswesen auf die moderne Menschheit ausübt. Überall, wo gemeinsame Interessen verdrängen, wo gemeinsame Ziele erreicht werden sollen, überall, wo es sich darum handelt, eine Weltanschauung unter den Menschen zu verbreiten, überall bilden sich Organisationen. Ein dichtes Netz von Organisationen umgibt uns, aber die Arbeiterklasse hat das soziologische Gesetz der Organisationen auf das menschliche Zusammenleben und Zusammenleben übertragen, der Organ-

isationsgedanke, der sich vor fünfzig Jahren erst schlichtern hervorwagte, ist uns heute in Fleisch und Blut übergegangen. Die Zugehörigkeit zu einer Organisation gilt heutzutage als eine Selbstverständlichkeit, unorganisierte Menschen werden allgemach so selten, daß man sie für Geld im Panoptikum ausstellen könnte.

Besonders das moderne Proletariat hat den Organisationsgedanken erfaßt, es hat die unbedingte Notwendigkeit eines organisatorischen Zusammenschlusses erkannt und es hat daraus die nötige Lehre gezogen. Wieviel Agitations- und Organisationsarbeit mußte Jahrzehnte hindurch geleistet werden, ehe diese Erfolge erzielt worden sind. Unzere Vorkämpfer, die Pioniere und Bahnbrecher des neuen Gedankens, haben unendliche Mühe aufwenden müssen, um die in Gleichgültigkeit und Stumpfheit versunkenen Massen aufzurütteln und zu organisieren. Aber der Erfolg ist nicht ausgeblieben, denn heute sind wir soweit gekommen, daß das Organisationsrecht, um das früher erbittert gekämpft werden mußte, zur Organisationspflicht geworden ist, daß wir einen Kollegen, eine Kollegin danach werten, ob sie ihrer Organisation angehört oder nicht. Unorganisierte Proletarier erscheinen uns als minderwertige Menschen, die keine Pflichterfüllung kennen, als Schmarotzer, die die Erzeugnisse der organisierten Klassenkämpfe für sich in Anspruch nehmen, ohne auch nur das geringste dazu beizutragen. Die Stärke der Organisation ist der Gradmesser, wovon die Höhe oder der Tiefstand einer Gruppe, eines Berufszweigs, einer Klasse gemessen wird, und deshalb ist jeder ehrliche Proletarier stolz darauf, wenn er sagen kann, daß seine Organisation möglichst alle Berufs- und Klassengenossen umfaßt. Er ruht und rastet nicht eher, bis auch der letzte Proletarier der Organisation angehört und er tut alles, um seine Organisation nach außen hin zu vergrößern und nach innen zu stärken und zu festigen. Einem Klassenbewußten Proletarier ist seine Organisation zu einer Herzenssache geworden, die materiellen Vorteile, die sie ihm bringt, kommen erst in zweiter Linie.

Wie die Erfahrung lehrt, beruht die Stärke einer Organisation wesentlich auf der inneren Geschlossenheit, auf dem einheitlichen Zusammenwirken aller Mitglieder. Aus dieser Erkenntnis heraus legt ein organisierter Klassenkämpfer so großen Wert auf die Disziplin innerhalb der Organisation und deshalb bekämpft er die Organisationszersplitterung mit unerbittlicher Schärfe. Er will nicht das Recht der Kritik unterbinden, weil sonst die Gefahr besteht, daß eine Organisation verrottet und erstarrt, aber diese Kritik darf nicht in Mörgelein und Schimpfen ausarten, er verlangt keinen Kadavergehorsam, wohl aber Unterordnung unter die höheren Zwecke, er erzieht keine Erbtöchter des eigenen Interesses und der eigenen Meinung, aber er fordert, daß man das Allgemeininteresse über das persönliche Interesse stellt. Der Tatsolidarismus soll der Grundzug der proletarischen Organisation sein. Insonderheit tritt eine Zerspaltung und Abtrünnung, eine Schwächung der Stoßkraft ein und der Erfolg wird unwahrscheinlich gemacht. Ein festes Zusammenhalten ist um so mehr notwendig, weil die Gegner der Arbeiterklasse sich geradezu mühtergiltige Organisationen geschaffen haben und weil sie auch unermüdet darauf aus sind, in die proletarischen Organisationen Zwietracht hineinzutragen, um ihre Kraft zu schwächen. Wer würde es nicht, daß unsere Gegner kein besseres Kampfmittel kennen, als die Führer und Leiter der Organisationen zu schmähen und zu verleumdern und in der Achtung der Mitglieder herabzusetzen, um auf diese Weise einen Keil zwischen Massen und Führer zu treiben. Leider finden sie hierbei die Unterstützung freiwilliger oder bezahlter Helfershelfer, die ihre Aufgabe darin erblicken, die Arbeiterschaft zu zerspaltung und dadurch kampfunfähig zu machen. Und diese Zerspaltungsarbeit ist nicht ohne Erfolg geblieben, denn das Anwachsen der Reaktion auf allen Gebieten, die wachsende Macht des Ausbeutertums, der Schieber, Wucherer und Spekulanten erklärt sich lediglich aus der inneren Uneinigkeit des Proletariats.

Nur der organisierte Klassenkampf, der das Proletariat zu einer geschlossenen Einheitsfront zusammenschweißt, vermag uns den Sieg zu bringen. Darum dürfen wir nicht die Hoffnung verlieren, daß es doch noch gelingen wird, diese Einheitsfront zu schaffen, und darum müssen wir alle Kräfte daraufsetzen, für dieses große Ziel zu wirken. Letzten Endes wird uns doch nichts übrig bleiben, als alle trennenden Momente religiöser, politischer oder gesellschaftlicher Natur beiseite zu schieben und das in den Vordergrund zu drängen, was uns alle einigt: das Wohl des Proletariats.

## Sozialversicherung

Die vom Reichstag in seiner Sitzung vom 31. Mai d. J. verabschiedete und am 23. Juni in Kraft getretene Gesetz über Versicherungspflicht, Grundlohn und Wochenhilfe bringen wesentliche Änderungen gegenüber dem bisherigen Zustand. So especially diese Änderungen nun auch sind, so sind diese doch durch die rasende Entwertung unseres Geldes schon überholt.

Die Versicherungsrate von 7000 M ist — gemessen am Tiefstand unseres Geldes — zu niedrig gegrienen Versicherungsspflichtigen mühten alle gegen Entgelt beschäftigten Personen bis zu einem Jahres-einkommen von 100 000 M sein.

Wollen wir uns die Ursache dieses bedeutenden technischen Umwälzungs erklären, so müssen wir bei den elementaren elektrischen Begriffen Halt machen. Bekanntlich bezeichnet man den Umfang der einem elektrischen Strom innewohnenden Energie nach zwei Dingen, der nach Volt zu messenden Spannung und der in Ampere ausgedrückten Stromstärke. Nur die letztere ist die eigentliche Wirkgröße, die Substanz der in den Drähten zirkulierenden Elektrizität. Die äußere Hingange bezogenen gewissermaßen nur den elektrischen Druck, unter dem das Fließen erfolgt und die Fähigkeit, die bei Zirkulation widerstrebenden Hindernisse zu überwinden. Zum besten Vergleich kann man sich immer eine Dampfheizung wählen, die dem Dampf aus einer Dampfmaschine speist. Der Heizer hält den Druck in Dampf und Rohrleitung auf bestimmtem, nahezu festem Höhe. Das würde der elektrischen Spannung entsprechen. Je nachdem nun die Dampfmaschine mehr oder weniger zu treiben hat, verlangt sie, daß der Dampf, der der Heizer dazu stärker oder schwächer feuern muß, höhere oder geringere Dampfmenge durch die Rohrleitung fließt. Genau ist es mit den Elektrizitätsmengen, die im Draht die Stromstärke darstellt. Die der Druck im Dampf, so soll auch in der elektrischen Zentrale die Spannung, die die Zirkulation der Elektrizität durch alle die vielen Drähte verursacht, auf bestimmtem Höhe bleiben. Man sagt, diese oder jene Anlage arbeitet mit so-and-soviel Volt. Die Anzahl der Drähte jedoch schwankt. Sie richtet sich nach der Zahl, Art und Größe der jeweils in den Leitungen benutzten Lampen und anderen elektrischen Apparaten.

Die ersten elektrischen Anlagen, die man zur Beleuchtung einzelner Häuser und Häuser baute, betrieb man anfangs nur mit 65 Volt. Nun hängt aber die Leistung eines Stromes an den Verbrauchsanlagen — zum Beispiel einer Glühlampenserie in einem Saal — stets von der Größe beider Faktoren ab. Ein paar einfache Glühlampen werden das veranlassen. Wenn jeder der Lampen eine Leistung von 32 Amperestunden leisten sollte, so würde jede eine bestimmte Stromstärke beanspruchen. Nächstbei bei der alten Art (Kohlebogenlampen) ist zwei Ampere. Wasbevorzuziehen gilt das nur in dem Falle jener alten, niedrigen Spannung, unter der somit beträcht-

Auch der Grundlohn bis zu 120 M entspricht lange nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Es ist wohl ohne weiteres anzunehmen, daß die Vorkasse und Ausschüsse der Krankenkassen von der ihnen durch das neue Gesetz eingeräumten Befugnis Gebrauch gemacht und den Grundlohn allgemein bis zur Höhe von 120 M festgesetzt haben. Aber auch in diesem Falle gibt es in der höchsten Stufe nur ein tägliches Krankengeld in Höhe von 90 M. Daß bei diesem Satz im Falle der Erkrankung des Ernährers eine Familie kaum vegetieren, geschweige denn auskömmlich leben kann, ist wohl jedem einleuchtend. Ähnlich liegt die Sache beim Ausgang. Auch hier gibt es bei Einstellung des Ernährers ins Krankengeld im günstigsten Falle 60 M täglich, weil die Reichsversicherungsordnung die Bemessung des Hausgeldes nur bis zu 50 v. S. des Grundlohns zuläßt.

Was die Wochenhilfe anbelangt, so bringt das neue Gesetz neben verschiedenen Verbesserungen auch eine Verschlechterung insofern, als es jetzt im § 205 d Abs. 1 heißt: Die Regelleistungen der Krankenkassen nach § 205 a Abs. 3 werden ihr durch das Reich zur Hälfte erstattet. Bisher wurden die Leistungen der Krankenkassen nach § 205 a (Familienhilfe) vom Reich zur Hälfte getragen. Dadurch werden die Kassen bei ihrer meist schlechten Finanzlage gezwungen, bei der Familienwochenhilfe nur die W u h Leistungen zu gewähren, trotzdem die Kassen nach wie vor den Betrag des Wochen- und Stillgeldes bis auf die Hälfte des Krankengeldes der Versicherten erhöhen können.

Das besondere Gesetz über Änderung von Geldbeträgen in der Sozialversicherung ermächtigt die Regierung mit Zustimmung des Reichsrats und des Ausschusses des Reichstags für soziale Angelegenheiten, die Grenzen für die Versicherungsbeitrag und Versicherungsbeitrag und die Höchstgrenzen für den Grundlohn in der Krankenversicherung, die Geldbeträge in der Wochenhilfe und Wochenfürsorge zu ändern und die erforderlichen Übergangsvorschriften zu erlassen.

Unsere Vertreter im Reichstag sollten dahin wirken, daß von diesen Bestimmungen umgehend Gebrauch gemacht wird. Sowohl der Grundlohn wie auch die Versicherungsbeiträge müssen erhöht werden, um den Erfordernissen der heutigen Zeit Rechnung zu tragen. Der § 180 Abs. 1 handelt von der Berechnung des Grundlohns nach dem Arbeitslohn. Würde diesem bei der Neufestsetzung Rechnung getragen, so müßte der Grundlohn auf mindestens 200 bis 250 M bemessen werden.

Bei der Festsetzung der Geldbeträge in der Wochenhilfe nach § 205 a muß dahingehend gewirkt werden, daß das Wochenlohn so bemessen wird, daß die Forderungen der Gebammen im allgemeinen damit gedeckt werden können. Das Stillgeld wäre so hoch zu bemessen, daß es der W d n e r i n, die ihr Kind selbst stillt, möglich ist, sich dafür täglich 1 Liter Milch kaufen zu können, um es ihr dadurch zu ermöglichen, ihr Kind auch tatsächlich selbst zu stillen. Wichtiger und auch zweckmäßiger wäre es, wenn der § 205 d in seiner ursprünglichen Fassung wieder hergestell und außerbehalten, um jeden Zweifel zu beseitigen, ein Erlass des zuständigen Ressortministers erginge, ähnlich dem Erlass vom 12. April 1921 (Wohlfahrtsamt, Seite 235) dahingehend, daß auch die Mehrleistungen bei der Familienwochenhilfe den Krankenkassen vom Reich zur Hälfte zu erstatten sind.

## Mißstände bei der autogenen Metallbearbeitung

Hierzu wird uns vom Kollegen J. C. aus Essen geschrieben: Zu dem Aufsatz des Kollegen D. Lehmann in Nr. 31 der Metallarbeiter-Zeitung möchte ich bemerken, daß wohl kein Handwerk beruht mit Ausnahme der Schweißerei, wie die gefährliche autogene Schweißerei. Die Schuld hierfür ist in den meisten Fällen beim Arbeiter oder bei den Vorgesetzten zu suchen. Ich habe darin Unglaubliches erlebt. Ein Gasentwinder mit 800 Stundenlter Leistung wird ohne weiteres auf Verlangen des Vorgesetzten bis zu 100 v. S. überlastet. Um dieses zu erreichen, wird Wasser zugegeschüttet. Durch diese Inanspruchnahme werden Wasser und Apparat so heiß, daß das Karbid oder Weagid glüht. Die Folge ist eine Explosion. Wer ist schuld? Na, sagen wir nicht der Vorgesetzte. Es kommt vor, daß da, wo nur ein Schweißereivorhanden und einmal erkrankt ist, daß der Vorgesetzte den Erbkosten ruft: Na, kommen Sie mal her, Sie können ja brennen. Was am Werkzeug verkauft wird, spielt ja keine Rolle; wenn da nichts paßfert, dann kann man von Glück sagen. Ich habe selbst schon gesehen, wie ein Meister O I nahm, um eine Stopfbüchse am Manometer zu dichten. Wäre ich nicht noch im letzten Augenblick dazugekommen, es hätte ein Unglück gegeben. Es muß verlangt werden, daß ein unfähiger Vorgesetzter es unbedingt unterläßt, allen erfahrenen Schweißern Vorschriften zu machen. Wie gesagt, wird oft der Erbkosten, mühter gar Jungen von 15 bis 17 Jahren an das sehr lebensgefährliche Werkzeug gestellt. Der fachkundige Schweißere, der die Folgen eines schadhaften Apparates zu erkennen vermag, hat seine Not, Ersatz der schadhafte Teile zu erhalten. Wenn ich die Apparate auf den Becken und kleinen Fabriken untersuchen dürfte, würde ich sicherlich Dreiviertel in schadhafte, wenn auch nicht in unmittelbarer lebensgefährlichem Zustand finden. Es fehlt eine staatliche Schweißerschule, die Prüfung der Schweißere, eine auskömmliche Entlohnung und besonders eine zuverlässige Revision von staatlich angestellten Beamten oder Fachleuten. Nur so wird es möglich sein, Unglücksfälle auf ein Mindestmaß herabzubringen.

In gleicher Sache schreibt uns Kollege S. C., Hamburg: Meine ersten Erfahrungen machte ich auf der Werft von Blohm & Voß. Wie oft war da ein Schweißere infolge Unvorsichtigkeit tödlich oder schwer verletzt. Aber nie wurde etwas zur Verhütung dieser traurigen Fälle unternommen. Auf meiner jetzigen Arbeitsstelle sind in drei Monaten bald zwanzig Mann gewesene, die sich als Schweißere ausgaben, aber noch nicht einmal den Brenner einsetzen konnten. Wäre ich bei diesen sogenannten Schweißern anfänglich nicht habe gestanden, ich glaube die Belegschaft lebte heute nicht mehr. Trotz meiner Mithilfe konnten Unglücksfälle mit solchen Leuten nicht ganz verhindert werden. Wir müssen darum darauf drängen, daß die besten Sicherheitsmaßnahmen unbedingt getroffen und durchgeführt werden.

## Die tausendfache Spannung

Von Carl Hermann, Leipzig.

Als man vor mehreren Jahrhunderten durch die Erfindung der Dynamomaschine in der Stadt gelebt war, mit Hilfe welcher die Motoren gewöhnliche mechanische Energie zu erzeugen, um damit eine große Anzahl von Lampen und auch Elektromotoren relativ billig zu betreiben, da erwachte bald das Bedürfnis des öffentlichen Lebens nach dieser neuen Kraft in immer höherem Maße. In Hunderten entstanden solche Zentralstationen zur Erzeugung elektrischer Energie. Die meisten Solchen hatten damals Anlagen aus Geschloßhäusern und Bergungsbahnhöfen erhielten oft im Keller ihr „Zentralhaus“. Daselbst betriebe die in unserer Zeit mehr denn je überall in Stadt und Land, zeigt die Verwendung des elektrischen Lichts und des elektrischen Motors. Aber in der Art der Energieerzeugung ist eine Änderung eingetreten. Während es früher für den Bezug elektrischer Energie erforderlich war, die Zentralstationen selbst in geringer Nachbarschaft zu haben, bekommt man heute oft den Strom von einem weit entfernten Zentralwerk, das viele Abnehmer der in beträchtlicher Entfernung verstreut. Jeder dagegen konnte man den Strom in den Leitungen nicht über längere Entfernungen hinaus fortzuführen, sondern immer nur nach Punkten innerhalb eines eng begrenzten Umkreises. Wie jede Sache ihre guten und bösen Seiten hat, so haben auch die Zentralwerke der Abnehmerzentralen und einige Nachteile. Sie werden aber reichlich aufgehoben durch die gewaltigen Vorteile, die sich schon in der hochwirtschaftlichen Erzeugung der elektrischen Kraft zeigen und zum ersten in der Möglichkeit, jeden Ort ohne Rücksicht auf Entfernung und Lage zu versorgen. Die Großleistungsfähigkeit der elektrischen Kraft hat von Jahr zu Jahr weitere Fortschritte gemacht und bildet in der Elektrotechnik ein Spezialgebiet, in der Volkswirtschaft aber einen Sektor ersten Grades.

Die Amperezahlen herauskommen. Dies hatte seine Nachteile. Jede Leitung, auch die aus besten Kupferdrähten, pflegt nämlich einen Beitrag der ihr zum Transport anvertrauten elektrischen Energie zu unterfertigen, und zwar um so mehr, je weiter sie diese fortzuführen muß. Allerdings vermag man den Verlust zu beheben, wenn man die Drähte desto dicker wählt, je weiter man den Strom fortzuleiten beabsichtigt. Jede Drähte, das heißt aber: viel Kupfer, hohe Anlagekosten, verringerte Wirtschaftlichkeit. Günstigerweise fand man durch physikalische Erwägungen bald die Ursache der unliebsamen Erscheinung. Der unterfertigen Energiebetrag wird in den Drähten in Wärme verwandelt, und das ist eine direkte Wirkung des Metalls ober, genauer gesagt, der als „Widerstand“ bezeichneten, jedem Metall anhaftenden Gegenkraft, die sich in erster Linie gegen die Stromstärke, aber nicht gegen die Spannung richtet.

Da es nun nach dem vorhin Gesagten an den Verbrauchsanlagen immer auf die Größe beider Faktoren ankommt, so steht der Maßregel nichts im Wege, die jener Beeinflussung und Schädigung so sehr ausgelegte Größe „Stromstärke“ geringer und dafür die ungehindert in den Drähten fortzuleitende „Spannung“ reichlicher zu bemessen. Die Glühlampen unseres Beispiels braucht man — unter Änderung der Betriebsverhältnisse der Anlage — nur auszuwechseln und dafür neue von 130 Volt Spannung einzuführen, die gleichfalls 32 Prozent einwickeln, dann begnügt sich jede mit nur 1 Ampere. Man hätte also mit der Erhöhung der Spannung auf das Doppelte eine Verringerung der Stromstärke auf die Hälfte bei gleichbleibender Leistung erzielt. In diesem Falle wäre also gerade das wirtschaftliche Gegenstück zu dem Erwärmer eingetreten: Nicht bündel Drähte wären erforderlich, sondern die in der gesamten Anlage bei allen Lampen bewirkte Reduktion der Stromstärke würde es erlauben, je wädhere Drähte als sonst zu verwenden. Das bedeutet: weniger Kupfer, niedrigere Anlagekosten, verbesserte Wirtschaftlichkeit. Als man den Strom zur Beleuchtung ganzer Städte benutzte, lernte, ist man darum stets auf 110 bis 130 Volt gegangen, denn in so großen Anlagen ist die infolge geringeren Kupferverbrauchs ein-

Der fieberhafte Zustand des deutschen Wirtschaftslebens, der sich nun schon seit Jahr und Tag zeigt, trat in den letzten Wochen infolge des beschleunigten Marktsturzes noch deutlicher in Erscheinung. Die sichere Aussicht eines schneller als bisher erfolgenden Ausgleiches des Unterschiedes, der zunächst zwischen der Entwertung der Markt im Ausland und im Inland besteht, durch starke Preissteigerungen auf dem Inlandsmarkt zwang zur Erstellung neuer möglichst kurzfristiger Aufträge, um den kommenden Teuerungszusätzen, soweit wie irgend möglich, zu entgehen. Das es der deutsche Industrie trotz angepanntem Bemühen nicht möglich ist, den Anforderungen der Besteller in ausreichendem Maße zu genügen, weil die beste Organisation angesichts der immer mehr sich verschärfenden Kapital-, Rohstoff- und Brennstoffknappheit die Leistungen nicht mehr zu steigern vermag, ist das tragische Kennzeichen der heutigen deutschen Wirtschaft. Durchweg hat die Auswirkung des jüngsten Marktsturzes keinen so starken neuen Anstoß für den Wirtschaftsmarkt zu geben vermocht wie früher; das Maß des Auftragsrückganges ist diesmal schwächer und milder, als das vorher bei den Marktentwertungen der Fall war — es ist augenscheinlich eine Folge der wesentlich gesunkenen Kapitalkraft. Das Bewußtsein der Unentrichtbarkeit hat sich von neuem verflärt; die Scheitersonjunktur wird in Fachkreisen bereits als „Katastrophenhauffe“ empfunden, ein deutlicher Ausdruck für die wachsende Furcht vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, der durch die Flucht vor der Papiermarkt nur hinausgeschoben erscheint. Nach dem Bericht von 1619 industriellen Unternehmungen an das Reichsarbeitsblatt waren im Juli dieses Jahres 66 v. H. aller Betriebe auf (gegen 28 v. H. im Vorjahre), 30 v. H. betriebliegend (gegen 33 v. H. im Vorjahre) und 12 v. H. schlicht (gegen 32,5 v. H. im Vorjahre) beschäftigt.

Die Kohlenversorgung gestaltet sich von Woche zu Woche schwieriger. Sie hat sich für Bayern in der letzten Zeit um weitere 25 v. H. verschlechtert. Oberflächliche Kohle darf im allgemeinen nur noch bis zur Elbe bezogen werden, den wesentlichen Abnehmern wurde der Bezug englischer Kohle anbehalten. Die Gesamtlage im Erzbergbau nimmt an Unsicherheit zu. Es herrscht harter Mangel an Eisenstein. Die Abwanderung der Arbeiter dauert an. In der Eisen- und Metallindustrie konnten bei weitem nicht alle Ansprüche befriedigt werden. Viele Verbraucher sahen sich genötigt, unter großen Opfern Eisen aus Lothringen, Luxemburg und Belgien zu beziehen. Da die Lieferstellen vielfach nicht eingehalten werden können, stellen sich namentlich im Verkehr mit dem Auslande Reibungen ein. Das Auslandsgeschäft ist fast umstritten durch den Wettbewerb der lothringischen, luxemburgischen und belgischen Werke. Im Röhrenmarkt macht sich auch der englische und amerikanische Wettbewerb bemerkbar. Bei den Maschinenbauanstalten liegen zum Teil noch Auftragsbestände für eine Reihe von Monaten vor. Allerdings scheinen die Maschinenmärkte der hochentwickelten Länder fast gesättigt zu sein und viele Aufträge gehen bei dem regen Wettbewerb am Auslandsmarkt verloren. Es herrscht hier starker Mangel an Qualitätsarbeitern.

In der elektrotechnischen Industrie mehren sich die Anzeichen von Absatzstörungen. Die Auslandsbestellungen haben teilweise nachgelassen und auch im Inlande werden Projekte vielfach mit Rücksicht auf den Geldmangel zurückgestellt. Die chemische Industrie ist im allgemeinen noch gut beschäftigt, klagt aber über Mangel an Roh- und Brennstoffen. In eine recht bedrückte Lage ist durch den neuesten Marktsturz das Spinn- und Webstoffgewerbe gekommen. Die Rohstoffpreise folgen hier der Bewegung des Dollars fast stündlich, wodurch die Kalkulation außerordentlich erschwert wird. In verschiedenen Bezirken wird trotz der Geldentwertung über einen Auftragsrückgang berichtet, da die Abnehmer nicht gewillt sind, sich auf gleitende Preise einzulassen, die für sie die Übernahme des ganzen Konjunkturrisikos bedeuten. Besorgniserregend für die Unsicherheit ist die Tatsache, daß die Spinnereien von ihren inländischen Abnehmern vielfach eine Bezahlung in Dollar und englischen Pfund verlangen. Da die Beschäftigung in der Industrie durch den jüngsten Auftragsrückgang noch gut ist, nehmen die Rohstoffvorräte sowohl im Großhandel wie bei den Spinnern erheblich ab. Neue Aufträge gehen nicht mehr in früheren Maße ein. Die letzten Verbraucher suchen sich allerdings vorläufig noch nach Möglichkeit hinzudecken, soweit ihre Kaufkraft reicht. Die jetzige Geldverknappung bereitet vor allem den mittleren und kleineren Betrieben sehr große Schwierigkeiten. In der Bekleidungsindustrie war die Nachfrage nach greifbarer Ware zeitweilig sehr lebhaft. Es handelt sich um ausgeprobenere Samstagskäufe. Die Schuhfabriken sind bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt. Die Fabrikanten fordern zum Teil eine Abwertung der Güteausführung mit Rücksicht auf die dort stattfindenden Preistreiberien. Die fortschreitende Teuerung hat sehr ungünstig auf alle Zweige der Nahrungs- und Genussmittelindustrie zurückgewirkt. Ein Rückgang der Beschäftigung zeigt sich in Nahrungsmittelbetrieben, Konserven- und Würstfabriken, verschiedenen Brauereien und der Tabakindustrie.

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist augenblicklich so gering wie kaum je zuvor. Gegenwärtig empfangen im ganzen Reich noch ungefähr 15 000 Personen Erwerbslosenunterstützung. Diese verteilen sich jedoch auf einen ganz kleinen Kreis von Großstädten, Berlin stellt den Hauptteil. Beschäftigungslos sind eigentlich am deutschen Arbeitsmarkt gegenwärtig nur Angehörige gewisser Zweige des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes, Caribausangelasse und Angehörige gewisser freier Berufe, wie z. B. Musiker, Maler, Zeichner, Schauspieler und Künstler, die unter dem Nachlassen ihrer Erwerbsmöglichkeiten immer mehr darauf angewiesen sind, ein Unterkommen in anderen Berufen zu suchen. Derartige Kräfte sind allerdings an den Plätzen, wo eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften herrscht, wie z. B. im Bergbau und in der Landwirtschaft, nur schwer unterzubringen, da sie sich größtenteils für schwere Arbeiten nicht recht eignen. Ein starker Mangel an Arbeitskräften aller Art wird aus

den verschiedensten Zellen Deutschlands gemeldet. Während bis vor kurzem ein solcher Mangel nur hinsichtlich der gelernten Facharbeiter Bestand, kann augenblicklich auch der Bedarf an ungelerten Arbeitskräften fast nirgends mehr gedeckt werden. Es finden sehr lebhaft Wanderungen aus einer Industrie in die andere statt. Es wurde schon mehrfach darauf hingewiesen, daß Bergarbeiter aus dem Ruhrrevier massenhaft in das Baugewerbe und die weiterverarbeitende Industrie abwandern. Nach neueren Mitteilungen klagt aber auch der Baumarkt über eine Abwanderung von Arbeitskräften in die Fabriken. In letzter Zeit wurde in Westdeutschland auch eine Abwanderung von Gütern polnischer Nationalität nach Polen und Nordfrankreich beobachtet. Diese Bewegungen scheinen jedoch jetzt zu einem gewissen Stillstand zu kommen. Die Ursache dieses Rückgangs mag wohl in den ungünstigeren Verichten liegen, die ausgemanderte Polen über die Verhältnisse in Polen und Nordfrankreich gaben und die durch die Presse der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden. Auch Abwanderungen deutscher Bergarbeiter nach Spitzbergen, Rumänien usw. konnten in letzter Zeit nicht mehr festgestellt werden. Es verdient ferner Beachtung, daß am inländischen Baumarkt ein deutliches Nachlassen der Konjunktur infolge der unerwartet hohen Baukosten zu beobachten ist und daß hier in wenigen Wochen Arbeitskräfte frei werden. Auch in der Kalindustrie wird der Arbeitermangel zurecht nicht mehr so drückend empfunden wie vor einigen Monaten. Die hannoversche Erdölindustrie nahm im großen Umfang Einstellungen oberflächlicher Züchtlinge vor, so daß auch hier der Bedarf nicht mehr festzustellen ist. Mit großen Schwierigkeiten hat natürlich in der gegenwärtigen Erntezeit die Landwirtschaft zu kämpfen, da es überall an Händen fehlt. Die für beratige Arbeiten in Betracht kommenden Leute verweisen in der Regel auf die sehr niedrigen Löhne der Landwirtschaft und suchen in Fabriken unterzukommen. Die aus den russischen Hungergebieten geflüchteten deutschen Kolonisten sind größtenteils in Züchtlingslagern untergebracht und werden soweit als möglich der Landwirtschaft zugeführt. Die Konjunkturaussichten sind im allgemeinen in Deutschland nicht so günstig, daß man mit einer längeren Fortdauer der lebhaften Nachfrage nach Arbeitskräften rechnen könnte. In verschiedenen Branchen dürfte die Beschäftigung schon in wenigen Wochen etwas abflauen. Nach Beendigung der Erntearbeiten und mit dem Eintritt ungünstigerer Witterung wird aller Voraussicht nach das Angebot an ungelerten Arbeitern wieder stärker werden.

Bezahlung des Lohnausfalles bei Arbeiterschöpfen

Die Bezahlung entgangenen Arbeitsverdienstes für Arbeiter, die die Tätigkeit als Schöpfer oder Geschworenen ausüben, ist wiederholt Gegenstand gerichtlicher Feststellungen gewesen. In der Niederlausitz wurde der Streitpunkt erneut geprüft und die Gerichtsurteile fielen zugunsten des Arbeiters aus.

Drei Arbeiter des Saubitzer Bezirkes verklagten vor dem dortigen Amtsgericht ihre Firma auf Zahlung des entgangenen Arbeitsverdienstes für die Dauer von zwei Tagen, an denen sie als Schöpfer tätig waren. Das Amtsgericht verurteilte die Firma zur Zahlung des Verdienstes nebst 4 Prozent Zinsen, für die Dauer des Rechtsverfalls. Aus der Entscheidungsurteil ist bemerkenswert: Der Anspruch auf Grund § 616 B.G.B. scheidet nicht nur den Zeithilfsarbeitern zu, sondern gilt auch für die in ständlichen Arbeitenden. Die Zeit, die ein Arbeiter als Schöpfer in Anspruch genommen ist, kann nach § 43 des Gerichtsverfassungsgesetzes 5 Tage nicht überschreiten, ist also als verhältnismäßig nicht erheblich anzusehen. Die gesetzliche Vorschrift kann durch Tarifvertrag oder Arbeitsordnungsbestimmungen nicht aufgehoben werden. Der beklagten Firma wurden die Kosten auferlegt.

Gegen dieses Urteil legte die Firma Berufung beim Landgericht Potsdam ein mit der Begründung: Der § 616 des B.G.B. finde keine Anwendung, da er durch den vereinbarten Tarifvertrag ausgeschlossen sei. Das Gericht lehnte die Begründung ab, da der Tarifvertrag Arbeitsentschädigung nur bei selbstverschuldetem Arbeitsunterbrechung in drei Fällen vorsieht. Schöpfentätigkeit sei aber keine verschuldete Unterbrechung. Die von der Beklagten angezogene Ansicht der Arbeitgebervereine in der Zentralarbeitsgemeinschaft sei ohne Belang. Daß die drei Kräger zu gleicher Zeit Schöpfer waren, ist ebenfalls belanglos, da die Kläger selbständig ihren eigenen Anspruch geltend machten. Die Klageansprüche der Arbeiter seien berechtigt und die Berufung der Beklagten auf ihre Kosten zurückzuweisen.

Bedrohliche Zustände in der Mainzer Metallindustrie

Aus Mainz wird uns geschrieben: In der Metallindustrie des Wirtschaftsbezirkes Mainz-Wiesbaden über sich die Industriellen seit langer Zeit in der Niedrighaltung der Löhne, wofür so leicht kein Beispiel zu finden ist. Ihrer Bemühung ist es allgemach gelungen, daß die Bezahlung der Metallarbeiter gemeingefährlich weit unter die der anderen Berufe zu sinken gelassen ist. In dieser Tatsache ist auch nichts durch Hinweis auf erzielte Erfolge zu ändern. Zeit- und Stücklöhne der gleichen Industrie benachbarter Wirtschaftszweige sind ausnahmslos wesentlich höher. Eine dünne Schicht mehr verdienender Stückerbeiter nehmen die Mainzer Metallindustriellen als Paradeausgang und suchen damit zu blenden. Neben Tausenden von schlechtbezahlten Arbeiterarbeiten stehen Tausende von Zeithilfsarbeitern, meist hochgeschulte Handwerker, die sich mit einem spottmäßig geringen Verdienst begnügen müssen.

Mit Klauen und Föhnen wehren sich die Metallindustriellen gegen eine vernünftige Anpassung der Löhne. Das rücksichtslose Verhalten der Unternehmer hat schon wiederholt schwere Verwundungen und ausgebreitete Streiks verursacht. Die dadurch entstandenen Störungen des Wirtschaftslebens lassen sie kalt. Besteht Aussicht, daß während der Arbeitsruhe die aufgestapelten Erzeugnisse im Preise steigen, dann

buchen sie den Streik als Gewinnbringer. Das Wort vom Ausbau lehren sie herunter wie der Kirchenbettel der Vaterunser, nur meinen sie damit den Ausbau ihrer privaten Wirtschaft. Wenn diese nur gedeiht, die Deutschlands macht ihnen keine Sorge. Was kümmert es sie, wenn durch ihre Veressenheit kleinere Unternehmungen und Handwerkerbetriebe zugrunde gerichtet werden? Nach viel weniger kümmern sie die zahlreicher Metallarbeiter, meist gutgeschulte Leute, die dank der schlechten Bezahlung große Not leiden. Ein Verhängnis lagert über der Metallindustrie unseres Bezirks. Nach einer höheren sozialen Weisheit sucht man hier vergebens. Engherzigkeit und Eigennutz besetzt die Stellen, die berufen sind, die Störungen der Wirtschaft durch kluge Vorbeugung zu unterbinden.

Internationaler Bergarbeiterkongreß

Die politische Bedeutung dieser Tagung, die in der zweiten Augustwoche in Frankfurt a. M. stattfand, zeigte sich schon bei der Eröffnung. Mit freudiger Deutlichkeit sprach der Sekretär des internationalen Bergarbeiterbundes, der Engländer Godges, aus:

Der Pariser Vertrag muß von Grund auf abgeändert werden, nicht zögernd und brockenweise, sondern innerhalb kürzester Frist und in radikaler Form, weil sonst keine Hoffnung bleibt auf den nationalen und internationalen Wiederaufbau. Die britische Arbeiterbewegung ist dauernd bemüht, ihre Regierung zu beeinflussen, daß die Schwere der Siegerbedingungen gemildert wird. Wir wollen den Frieden der Welt sichern und die Furien des Krieges in die Hölle zurückbannen, aus der sie erstammen.

Der Kongreß hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen und hat sehr wichtige Beschlüsse gefaßt. Die meisten einstimmig, mehrere gegen die Stimmen der Franzosen, die oftmals mit ihrer Ansicht allein standen. Bei allen Entschlüssen, in denen die Durchführung einer Forderung der nationalen Organisationen überwiegen sollte, erhoben sie Einspruch und verlangten, daß der Internationale Bergarbeiterbund für die Durchführung Sorge tragen müsse. Die übrigen Abordnungen erwiderten darauf, daß hierfür starke nationale Organisationen Voraussetzung seien. Die Franzosen sollten zuerst in ihrem Lande eine starke Organisation schaffen, die auch längere Kämpfe bestehen könne.

Über die internationale Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen sprach der Sekretär Godges (England). Hieran schloß sich eine längere Aussprache, die beendet wurde durch Annahme folgender Entschlüsse:

Der Vorstand wird beauftragt, ein einheitliches Programm der im Bergbau aller Länder durchzuführenden Ziele und Forderungen zu entwerfen, und zwar möglichst auf der Grundlage der im Laufe der Zeit von dem Kongreß des Bergarbeiterbundes gefaßten Beschlüsse. Zugleich werden die der Bergarbeiterinternationalen angehörenden Landesverbände aufgefordert, in ihren Ländern die Vereinheitlichung dieser Ziele und Forderungen anzuknüpfen, als dem ersten Schritt auf dem Wege zur Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen in allen Bergbauabzweigen der Welt.

In geschlossener Sitzung nahm der Kongreß Stellung zu dem Streik der amerikanischen Bergarbeiter. Er beschloß, daß die dem Bergarbeiterbunde angeschlossenen Landesverbände eine Beihilfe von rund 10 000 Pfund Sterling gewähren sollen. Auf die deutsche Organisation entfällt danach ein Betrag von über 11 Millionen Mark. Zur Frage der internationalen Regelung der Kohlenwirtschaft überwiegen der Kongreß dem internationalen Komitee einen Antrag, daß die Bergarbeiter aller Länder für die Errichtung eines internationalen Büros für die Kohlenverteilung einzutreten haben. Auf dem nächsten Kongreß soll das Komitee darüber berichten.

Am Schluß seiner Tagung nahm der Kongreß, auf dem zehn Länder durch 118 Delegierte für 2 128 800 Mitglieder vertreten waren, Stellung zu den Reparationskohlenerlieferungen. Für das internationale Komitee begründete Dejarbin-Belgien eine Entschlüsse, in der es heißt:

Der internationale Bergarbeiterbund bestätigt die früheren, auf den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bezüglichen Beschlüsse der Antwerpener Gewerkschaftsinternationale, ohne zu der allgemeinen Nachkriegspolitik Stellung zu nehmen. Er drückt die Ansicht aus, daß die auf die deutschen Kohlenlieferungen an die alliierten Regierungen bezüglichen Bestimmungen des Abkommens von Spa in gewissem Grade für die gegenwärtige ernste Lage verantwortlich sind. Der Kongreß beschließt, an die Reparationskommission des Ertrüben zu richten, eine Abordnung des Internationalen Bergarbeiterbundes zu empfangen, zu dem Zwecke, eine Abänderung des Abkommens von Spa zu erreichen und dadurch die heutige wirtschaftliche Lage im Kohlenbergbau zu erleichtern.

Nachdem auch der internationale Sekretär Godges in warmen Worten für die Resolution eingetreten war, nahm sie der Kongreß einstimmig an, was mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde.

Metallarbeiterstreik in Südrussland

Wie dem „Metallarbeiter“ aus Moskau gemeldet wird, ist ein großer Teil der Betriebe und Werke der südrussischen Metallindustrie in den Streik getreten. Für die Lage der russischen Arbeiterklasse ist es charakteristisch, daß die einzige Forderung der streikenden Arbeiter in der Bewilligung eines Monatslohnes von 7,5 Goldrubel anstelle der ihnen gebotenen 5 Goldrubel besteht. Vor dem Kriege beliefen sich die Durchschnittslöhne in der südrussischen Metallindustrie auf etwa das Zehnfache der jetzigen Löhne. Seit Ende des vorigen Jahres ist ein andauerndes Sinken der Löhne zu verzeichnen. So sind nach amtlichen Quellen die Reallohne von November vorigen Jahres bis zum Mai dieses Jahres fast ein Drittel zurückgegangen. Im Uralgebiete belaufen sich die Durchschnittslöhne der Arbeiter auf 4,5 Goldrubel im Monat. Die Lage der Arbeiter ist so verheerend, daß sie trotz der drohenden Gewaltmaßregeln zum letzten Mittel, zum Streik gezwungen haben.

bedernde Erparnis ein in die Augen springender Kosten des Anlagekapitals. In den Großstädten, wo meist ausgebreitete Bezirke mit reichen Energiemengen zu versorgen sind, ist man zur möglichststen Veranschlagung der Stromstärke und des meist in teuren Erdbleiben fließenden Metallbedarfes auf 220 Volt für Licht, 410 Volt für Motoren und 500 bis 600 Volt für den Straßenbahnverbrauch gelangt. Aber dort, wo besonders große Kräfte verbraucht werden, erwacht selbst unter solchen Spannungen noch eine riesige Amperezahl, also eine beträchtliche, zu Verlusten neigende Stromstärke. Bei den auch in Deutschland an vielen Orten errichteten Überlandzentralen gilt es aber, große Kräfte auf erhebliche Entfernungen fortzuleiten und da stellen sich natürlich jene Schwierigkeiten in ausgedehnterem Maße ein. Das bedingt dann eine noch weitere Abänderung der technischen Verhältnisse. Zunächst wäre ein wichtiger Unterschied zu bemerken. In den alten kleinen Anlagen mit beschränktem Versorgungsnetz verdrängt man den von der Dynamomaschine abgegebener Gleichstrom direkt in seiner ursprünglichen Beschaffenheit und Spannung, auf die sich die ödenzweckmässigen Zahlen beziehen. Gegenwärtig aber liefern die Maschinenfabriken der Überlandzentralen Drehstrom. Mit diesem läßt sich in technisch unschwerer Weise jene Umwandlung vollziehen, die man Transformation nennt und die darin besteht, entweder die Spannung auf Kosten der Stromstärke oder die Stromstärke auf Kosten der Spannung in beliebiger Weise zu steigern. Beide Notwendigkeiten ergeben sich in der Elektrotechnik ziemlich häufig, und zwar für die Fernübertragung im beiderlei Form. Zweck in der einer Spannungserhöhung. Denn sobald man von einem Stammwerk aus nach irgend einem, viel Kraft verbrauchenden Bezirk — vielleicht einem Fabrikort — Strom liefern und dazu eine große Entfernung überschreiten soll, ist es unerlässlich, die Spannung möglichst hoch zu legen, indem man der Energieverlust in den Drähten in bestem Maße zu vermeiden. Denn bei der Lieferung statlicher Kräfte wäre auch ein nur teilweiser Verlust eine Zahl, die, ins Wirtschaftliche umgerechnet, auf die Dauer zu einem verlorbenen Kapital auswachsen würde. Ein technischer Grundsatz entwirft sich aus dem hier Gesagten, den man kurz in die Worte fassen kann:

hohe Spannung, bessere Wirtschaftlichkeit. Das ist die Ursache davon, daß man heute bei dem Ausbau der Elektrizitätswerke und besonders der Überlandzentralen vor der Benutzung elektrischer Spannungen hört, die ins Fabelhafte gehen. Vor etwa 20 Jahren begann man damit und verwandte Voltzahlen, mit denen man zuvor einen Dauerbetrieb für unwahrscheinlich gehalten hätte. Diese technischen Mittel, Drehstrom und Transformation, bilden in ihrer Unentbehrlichkeit gleichzeitig die charakteristischsten Hauptfächer des modernen Fernkraftwerks. Die Maschinen erzeugen ihren Drehstrom mit einer gewissen, schon an und für sich hohen Spannung. Er dient zur Speisung der Transformator, die ihn in total veränderter Gestalt wieder erscheinen lassen, denn seine Spannung ist auf Kosten der Stromstärke um ein Vielfaches gewachsen. So tritt er in die Fernleitung. An deren anderem Ende nehmen ihn abermals Transformator auf, die umgekehrt aus seiner riesigen Spannung eine niedrigere und eine desto reichlichere Stromstärke bereiten. Viele Städte empfangen in ihrem Elektrizitätswerk solchen Drehstrom von auswärts und leiten ihn nach seiner Nierentransformation in Motorumformer, die, Antriebs- und Dynamomaschinen in einem, Gleichstrom daraus erzeugen. Die Motorumformer können dann nach Bedarf allein oder mit den etwa vorhandenen Dampfmaschinen zusammen arbeiten. Die Verhältnisse sind nun in ihren Eigenschaften mannigfaltig und man kann ohne Übertreibung sagen, in jedem Wort verwechseln. Typisch ist in der Beziehung stets Berlin gewesen, wo früher außer den Fabrik- eine Menge von Hof- und Müllerzentralen existierten. Die eigentlichen Elektrizitätswerke besitzen wegen des ungeheuren Kraftbedarfs der Weltstadt mehrere Stammzentralen und Umformerstationen. Zur Zeit der Errichtung galt die Spannung des Drehstroms von 3000 Volt schon als sehr hoch und dennoch war es möglich, sie später auf 6000 und 10 000 Volt zu normieren. In Städten ist man genötigt, zur Fortleitung des hochgespannten Drehstroms unterirdische Kabel zu benutzen; wer mit elektrotechnischen Dingen vertraut ist, wird wissen, was das jene Spannungen zu bedeuten haben. Auf dem flacher Lande dagegen geschieht die Übertragung durch die im Bau billigeren und im Betrieb überkühleren Luftleitungen an

Golz- und Eisenmasten. Die Umlegung betrieht meist lediglich Transformatoren, die je nach dem Umfang ihres Versorgungsgebietes (Reichardt, Dorf, Gehöft) verschieden groß bemessen werden. Die Energie bleibt hier Dreh- oder Wechselstrom von 120, 220 und 360, seltener 500 Volt. Die Luftleitungen erlauben außerdem die praktische Möglichkeit weiterer Spannungsteigerung und das ist jedtag ausgenutzt worden.

Vor ungefähr 15 Jahren erweckten die Mitteilungen über die Hochspannungsleitung des Wasserkraftwerks der Urftalperre bei Geimbach berechtigtes Erstaunen. Die Betriebsspannung war 35 000 Volt. Ihr folgte später eine Anlage mit 45 000 Volt in Oberitalien und eine andere in Spanien mit 65 000 Volt. Unzeitig stellte diese einen elektrotechnischen Rekord dar, weil damit die Spannung der ersten Lichtanlagen, 65 Volt, gerade auf das Tausendfache heraufgesetzt worden war. Das Verhältnis ist seitdem das gleiche geblieben. Amerika ging mit tausendfachen Erhöhungen weiter. Von dort hörten wir zum ersten Male von 72 000 und 86 000 Volt. Die Wasserkraftanlage der Coofälle übertraf endlich alles bisherige mit 110 000 Volt. Diefelbe Spannung, der tausendfache Betrag unserer sonstigen Normalspannung für Glühlampen, wurde in Deutschland erstmalig von den Leuchtkammerwerken in Sachsen und danach von dem Kraftwerk Hühnerneiß auf der Fernleitung nach Berlin angewandt. Schon in der Vorkriegszeit kamen jedoch aus Amerika Berichte über den neueren Ausbau des Werks der Coofälle, wo man bis 135 000 Volt gekommen ist, und neuerdings spricht man von 170 000 und 182 000 Volt. Wenn die Entladung so fortschreitet, dann bietet sich die Aussicht, unsere ehemalige Gleichstromhochspannung von 220 Volt im Drehstrom ebenfalls als 220 000 Volt verkaufendacht zu sehen. Darüber wäre vom technischen Standpunkt allein schon noch sehr viel zu sagen, denn solche Hochspannungen verlangen an den Luftleitungen und Transformatoren, in Schaltanlagen und allen Räumlichkeiten ganz besondere, neuartige Einrichtungen und Vorkehrungen. Wir wollen jedoch nur das wichtigste Ergebnis betonen und dieses besteht darin, daß man heute Riesenkraft mit verhältnismäßig geringem Verlust über Entfernungen von mehr als 100 Kilometer fortführt.

